UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 11 1936
LIBRARY

Abend-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 14. Mai	Nr. 631

Staatssekretär Lammers über verfassungsrechtliche Fragen.

Berlin, 14. Mai. In der Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie nahm der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, am Donnerstag das Wort zu einem Vortrage über einige verfassungsrechtliche Probleme des Dritten Reiches.

Einleitend führte Staatssekretär Dr. Lammers aus, daß die Reichsreform und die damit zusammenhängende Verwaltungsreform dem Wunsch des Führers gemäß der Erörterung in der Oeffentlichkeit entzogen wäre. Eine solche Erörterung sei auch nicht nötig. Denn in den ersten drei Jahren der nationalsozialistischen Staatsführung sei das Selbstverständliche und unbedingt Notwendige des staatlichen Aufbaues bereits durchgeführt. Der heutige Einheitsstaat sei geschaffen, die Macht des Reiches sei stabilisiert. Alles weitere sei weder so ausgereift, noch so vordringlich, daß es den zur Zeit wichtigeren Aufgaben der Staatsführung auf dem Gebiet der Außenpolitik vorangestellt werden müßte.

Der Redner ging sodann kurz auf die wichtigsten Grundsätze und Wesensmerkmale des nationalsozialistischen Staates und im besonderen auf die wechselseitige Bedingtheit von Volksstaat und Führerstaat ein, um sich im Anschluß daran eingehender über die Frage einer Fundamentierung des materiellen Verfassungsrechtlichen durch eine geschriebene Verfassung, eine Verfassungs-Urkunde, zu verbreiten.

Er legte hierbei unter Hinweis auf die englischen Verhältnisse dar, daß eine staatsrechtliche und staatspolitische Notwendigkeit für die Schaffung einer Verfassungs-Urkunde grundsätzlich nicht bestände, an allerwenigsten für den Volks- und Führerstaat des Dritten Reiches, der zu unserem Segen nicht genötigt gewesen sei, gleich zu Beginn Staatsführung und Staatsleben nach einem faulen Kompromiß zu vergewaltigen, auf daß eine Unzahl widerstreitender Interessen mühselig zusammengeführt sei, wie wir das im Zwischenstaat von Weimar mit seiner im luftleeren Raum konstruierten Verfassung erlebt hätten.

So wenig es für einen Sportler darauf ankommt, daß er die Form, nach der er sich trainieren lassen und handeln soll, als gedruckte Satzung in der Tasche hat, sondern allein darauf, daß er in Form ist, so kommt es auch für den Staat nicht darauf an, daß er eine Verfassung hat, sondern daß er in Verfassung ist.

Ob das Dritte Reich eine geschriebene Verfassung erhalten werde, darüber habe der Führer noch nicht befunden. Wenn es aber als krönender praktisch erprobter und als lebensfähig bewährter Grundsätze des staatlichen Lebens zur Errichtung einer Verfassungs-Urkunde komme, so dürften in ihr nur die fundamentalsten Grundsätze des neuen Staates niedergelegt sein. Darunter vor allem die wichtigsten Grundsätze der nationalsozialistischen Auffassung von Volk und Staat, der Grundsatz der Einheit von Partei und Staat, derjenige von der Reinerhaltung des deutschen Blutes und von der Blutsgemeinschaftsgrundsätze als Voraussetzung für die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, schließlich der Grundsatz von der Totalität des Staates und die Festlegung des Führerprinzips als Grundprinzip der Staatsführung. In dieser Beschränkung auf das Wesentlichste könne und müsse eine geschriebene Verfassung des Dritten Reiches für alle Zeit, die menschlicher Geist zu überblicken vermöge, unabänderlich sein.

Der Redner stützte seine Ausführungen mit einem kurzen Rückblick auf die hinter uns liegenden ersten Jahre der nationalsozialistischen Staatsführung. Diese kurze Zeitspanne habe genügt, um schwerste Probleme durch die Tat so endgültig zu lösen, daß der geschaffene Zustand schon allgemein als ganz selbstverständlich empfunden würde.

Auf der anderen Seite habe diese Zeit erkennen lassen, daß uns gigantische Aufgaben gestellt wären, deren Erfüllung nur das Werk von Generationen sein könne. Daß diese Aufgaben nicht unausgereift, sondern alsbald in Angriff genommen sei, so nicht bloß Generationen für die staatsmännische Schöpferkraft unseres Führers, sondern auch ein Beweis für die unumstößliche Ueberzeugung aller echten Nationalsozialisten, daß das Reich der Deutschen — ob ohne oder mit Verfassungsurkunde — für Jahrtausende hinaus der nationalsozialistische Staat Adolf Hitlers sein werde.

Ein Aufruf zum Reichs-Jugendherbergs-Opfertag.

Berlin, 14. Mai. Anläßlich des Reichswerbe- und Opfertages des Reichsverbandes für deutsche Jugendherbergen am 16. und 17. Mai haben die Reichsminister Göring, Dr. Goebels, Dr. Frick, Generalfeldmarschall von Blomberg, Rust, Kerrl, Dr. Frank, Darré, Seldte, Freiherr von Eltz-Rübenach, Graf Schwerin von Krosigk, Dr. Gürtner und der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, nachstehenden Aufruf unterzeichnet:

„Durch alle Gaue unseres schönen freien Vaterlandes wandern heute die fröhlichen Gruppen deutscher Jugend. Aus ihren Liedern klingt tiefe Liebe zu Volk und Führer. Sie kommen aus den Straßen und Gassen der Städte, aus den Betrieben und Schulen. Sie wollen Deutschland sehen und es kennen lernen, dieses Deutschland, das durch die Tat des Führers schöner geworden ist. Auf unsere Sorge und die Liebe des Führers gehört dieser Jugend, die einmal unser Werk weiterführen soll. Wir wollen ihr helfen und mit uns jeder deutsche Volksgenosse. Helft mit am Bau von Jugendherbergen und Heimen!"

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg an Mussolini und Gömbös.

Wien, 14. Mai. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat an Mussolini folgendes Telegramm gerichtet:

„Im Augenblick der Uebernahme der Geschäfte durch meine neugebildete Regierung liegt es mir besonders am Herzen, Ew. Exzellenz im eigenen und im Namen der Regierung die Gefühle unwandelbarer Freundschaft zum Ausdruck zu bringen. Ich verbinde damit die Versicherung, daß ich fest entschlossen bin, an der bewährten auf den Römer-Protokollen begründeten Politik festzuhalten und die Freundschaft der drei Partner in ihrem eigenen Interesse wie auch in dem der Konsolidierung Mittel-Europas weiter auszubauen."

An den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös richtete Dr. Schuschnigg folgendes Depesche: „Mit Amtsantritt der neuen Regierung versichere ich Dir im eigenen Namen und im Namen meiner Mitarbeiter die Gefühle aufrichtiger Freundschaft und kameradschaftlicher Verbundenheit. Ich bin überzeugt, daß die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Römer-Protokolle auch in Zukunft den Interessen aller beteiligten Länder in stets steigendem Maße dienlich sein wird."

Starhemberg reist nach Rom.

Wien, 14. Mai. Nach einer amtlichen Mitteilung begibt sich Starhemberg trotz seines Ausscheidens aus dem Kabinett, wie es heißt, in seiner Eigenschaft als oberster Führer der Turn- und Sportverbände, am Donnerstag nach Rom, um dort an dem Fußball-Länderkampf Oesterreich—Italien teilzunehmen.

Auf besonderes Ersuchen des Bundeskanzlers hin hat sich Starhemberg bereit erklärt, die oberste Führung der Turn- und Sportverbände beizubehalten.

Die Bedeutung der österreichischen Regierungsumbildung.

Wien, 14. Mai. Die Umbildung der österreichischen Regierung wird allgemein als eine große Ueberraschung bezeichnet. Die Morgenzeitungen bringen noch nichts darüber; aber bereits um 6 Uhr früh erschienen überall Sonderausgaben der Blätter, in denen der amtliche Wortlaut über die Regierungsumbildung ohne weitere Kommentare mitgeteilt wurde. Auf den Straßen bildeten sich Menschenansammlungen, in denen die Lage erörtert wurde. Es erregt besonderes Aufsehen, daß Starhemberg aus dem Kabinett ausgeschieden ist. Man erwartet nun, daß die Entmilitarisierung der Heimwehren widerstandslos erfolgen wird.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, der nunmehr außer dem Bundeskanzleramt und dem Heeresministerium auch noch das Außenministerium übernommen hat, übernimmt sozusagen mit freierer Hand die Gewalt in Oesterreich. Die neuen Männer im Kabinett stehen ihm persönlich nahe. Die neue Lage wird allgemein als Erfolg der Christlich-Sozialen gewertet. Für den Posten des Landwirtschaftsministers wird verschiedentlich der Vorsitzende der Kärntner Landwirtschaftskammer, Haslacher, genannt. Man hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß der frühere Landwirtschaftsminister Reither, der in scharfem Gegensatz zu Starhemberg stehende Vorsitzende des Gewerkschaftsbund unterbläuft, wiederkommen werde.

Halbamtlich wird zu der Regierungsumbildung folgende Verlautbarung herausgegeben:

„Mit der heute durchgeführten Neubildung der Regierung Schuschnigg ist ein weiterer und sehr entscheidender Schritt auf dem Wege der Konsolidierung Oesterreichs erfolgt. Der bis nun bestandene Dualismus zwischen beiden ausschließgebenden Elementen unseres staatlichen Lebens, zwischen der Regierung und der obersten Führung der Vaterländischen Front, konnte in Zeiten einer ruhigeren Entwicklung unbedenklich, ja vielleicht sogar unter dem einen oder anderen Gesichtspunkt als zweckmäßig erscheinen.

„Zu einer Zeit hingegen, da dringlichste Fragen innerstaatlicher Ordnung der Lösung harren, mußte eine solche Zweitteilung vorwiegend als Hemmnis empfunden werden, denn sie verzögerte die Zurücklegung wichtiger durch das Dollfuß-Programm vorgezeichneter Etappen und bedeutete auch in mancher Beziehung ein Hindernis für die heute mehr denn je erforderliche Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte Oesterreichs.

„Durch Beschluß des Bundespräsidenten ist nun dank der Initiative unseres Kanzlers dieser Dualismus beseitigt worden; die Führung des Staates ist mit der Führung der Vaterländischen Front in der Hand des Kanzlers vereinigt. Damit ist die Konzentration aller staatserhaltenden Elemente in unserm Vaterlande geschehen und die unbeirrbare Weiterführung des Dollfuß-Werkes gewährleistet. Daß **diese Neuordnung** das Ausscheiden des bisherigen Vizekanzlers erforderte, kann die außerordentlichen und absolut unbestrittenen Verdienste, die sich Fürst Starhemberg um das neue Oesterreich erworben hat, in keiner Weise schmälern und in Vergessenheit geraten lassen."

England zur österreichischen Regierungsbildung.

London, 14. Mai. Das Ausscheiden Starhembergs aus der österreichischen Regierung hat in England starkes Aufsehen erregt. Die Mittagsblätter veröffentlichen die Bemerkung, die österreichischen Regierung hat in England starkes Aufmachung.

Evening Standard überschreibt seine Meldung „Sturz des Fürsten Starhemberg — Schuschnigg gewinnt den Kampf um die Macht in Oesterreich".

Andere Blätter wie z. B. **Evening News** sprechen von einem „schweren Schlag gegen den faschismus in Oesterreich". Schuschnigg habe sich über Nacht zum „Diktator" Oesterreichs gemacht.

In dem **Reuter**-Bericht heißt es, die christlichsozialen Partei habe über Starhemberg einen Sieg errungen, der wahrscheinlich sehr wichtige Folgen für die Zukunft Oesterreichs im besonderen und für die Zukunft ganz Mitteleuropas im allgemeinen haben werde. Der Sieg habe mehr als eine innenpolitische Bedeutung. Starhemberg sei nicht mehr der starke Mann, der bei so vielen Gelegenheiten über die österreichische Innen- und Außenpolitik entschieden habe. Die Spannung zwischen den Christlichsozialen und der faschistisch eingestellten Heimwehr könne auch nicht durch die Tatsache, daß mehrere Heimwehrminister in dem neuen Kabinett vertreten sind, verschleiert werden. Nunmehr stehe Schuschnigg vor der größeren Aufgabe der Entwaffnung der Heimwehr. Viele glaubten, daß nur auf diesem Wege sein Ziel, einen neuen autoritären, aber demokratischen österreichischen Staat zu schaffen, verwirklicht werden könne. Aus dem Telegramm Schuschniggs an Mussolini gehe hervor, daß bis auf weiteres keine Aenderung in der österreichischen Politik eintreten werde.

Der diplomatische Mitarbeiter von Reuter meldet, die österreichische Regierungsumbildung werde in gut unterrichteten Londoner Kreisen als eine Bewegung ausgelegt, die darauf hinzeile, die Regierungsgrundlage durch eine engere Zusammenarbeit mit den demokratischeren Elementen zu verbreitern. Die Tatsache, daß Dr. Reich zum Minister für soziale Wohlfahrt ernannt wurde, werde in diesem Zusammenhang als bedeutsam betrachtet.

Die Vernehmung des Kolonialministers Thomas.

London, 14. Mai. Unter großem Andrange der Oeffentlichkeit wurde am Donnerstag vormittag Kolonialminister Thomas vor dem richterlichen Ausschuß zur Untersuchung des Versicherungsskandals als Zeuge vernommen.

Thomas ist seit 27 Jahren Mitglied des Unterhauses, hat fünf verschiedenen Kabinetten als Minister angehört und wurde im Jahre 1917 zum Kronrat ernannt. Den Posten eines Kolonialministers füllte er erstmalig von 1924 bis 1931 aus. Später war Thomas nacheinander Lordsiegelbewahrer, Arbeitsminister und Dominiensminister.

Nach der Feststellung der Personalien befahte der Minister die Frage, ob er an der am 9. April abgehaltenen Kabinettssitzung teilgenommen habe. Bis zu diesem Augenblick habe er keine Kenntnis von den Vorschlägen des Schatzkanzlers gehabt. Nach der Kabinettssitzung habe er sich nach Südengland begeben, wo er mit Familienangehörigen, darunter seinem Sohn Leslie Thomas, einen Teil des Osterurlaubes verbrachte. Bei dieser Gelegenheit sei er mit seinem langjährigen Freund, dem Finanzmann Alfred Bates, zusammengetroffen, mit dem er mehrere Golfpartien gespielt habe.

Auf Befragen erklärte der Minister, daß er niemals irgendeiner Person etwas über den Inhalt des Staatsbudgets mitgeteilt habe. In seiner politischen Laufbahn habe er insgesamt neun Haushaltserklärungen angehört. Es sei jetzt das erste Mal, daß er etwas von einem Durchsickern des Haushaltsgeheimnisses höre. Er sei bereit, dem Untersuchungsausschuß in dieser Hinsicht zu helfen. Tatsächlich habe er unmittelbar nach der Einsetzung des Ausschusses den Sekretär im Hinblick auf die umfassenden Gerüchte schriftlich um Vernehmung ersucht.

Das Verhör wandte sich darauf den geschäftlichen Beziehungen zwischen Thomas und Bates zu. Der Minister erklärte dabei, seit einer Reihe von Jahren seien ihm sehr große Summen für die Abfassung seiner Selbstbiographie angeboten worden, besonders gegen Ende vergangenen Jahres. Er habe aus Gründen, die jedermann zu würdigen wisse, abgelehnt, doch sei es stets seine Absicht gewesen, seine Lebensgeschichte zu schreiben. Bereits vor 25 Jahren habe er mit einer Pressagentur ein Abkommen über die Zusendung von Zeitungsausschnitten über sämtliche öffentlichen Begebenheiten getroffen, mit denen er im Zusammenhang stehe, so daß heute bereits eine Sammlung von 40 bis 50 Bänden bestehe. Thomas bestätigte dann, daß er die Rechte seiner Selbstbiographie an Bates verkauft habe. Er sei aber mit der Bekanntgabe des hierüber geführten Schriftwechsels nicht einverstanden, weil in dem Brief auch Bezug genommen werde auf das Haus, das er für seine Frau gekauft habe.

Thomas schilderte hierauf seine Anfragung, als ihm ein Freund erklärte mitgeteilt habe, daß der Name seines Sohnes in die Angelegenheit verwickelt sei. Als er seinen Sohn am folgenden Tage zur Rede stellte, sei ihm zunächst das Recht hiernach zu fragen, bestritten worden. Später habe ihm sein Sohn mitgeteilt, daß Bates ein sehr guter Kunde sei, mit dem er Geschäfte getätigt habe, die in die Hunderttausende von Pfunden gingen. Sein Sohn habe ihm erklärt, daß Bates sich mit ihm in Verbindung gesetzt habe, um sich um sein in Goldpapieren gesichertes Vermögen zu kümmern.

Gleichzeitig habe Bates sich gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer sichern wollen, worauf der junge Thomas erklärt habe, es handele sich zwar nicht um sein Geschäft, aber er werde sich mit Lloyds in Verbindung setzen. Für sich selbst habe Leslie Thomas nicht einen Pfennig verdient.

Thomas führte weiter aus, daß er am folgenden Tage Bates gefragt habe, wie er dazu gekommen sei, seinen Sohn Leslie auf diese Art hineinzulegen, worauf Bates erwiderte, daß Leslie als sein Makler hierzu befugt sei. Zwei Tage darauf seien in der Presse deutliche Hinweise auf seine Person erschienen. Als die ersten anonymen Briefe eingetroffen seien, habe der Ministerpräsident Baldwin den Sachverhalt mitgeteilt. Dabei habe er darauf hingewiesen, daß er nicht wisse, was das Kabinett tun werde, daß er aber, was auch immer geschehen möge, auf eine Unterrichtung der Geschäfte seines Sohnes bestehen werde. Der Ministerpräsident habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um eine Angelegenheit handele, die nicht ihn, sondern den Schatzkanzler angehe.

Auf weitere Fragen erklärte Minister Thomas, daß ihm auch der Unterhausabgeordnete Sir Alfred Butt, der bekanntlich ebenfalls Versicherungsgeschäfte abgeschlossen hat, sehr gut bekannt sei und ihn häufig über Kriegswetten unterhalte. Thomas kam hierauf noch einmal auf die Mitteilungen in der Presse, die anonymen Briefe und die in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchte zu sprechen, die angeblich der großen Verantwortung, die auf ihm ruhe, die Frage in ihm geweckt hätten, ob er von seinem Posten als Kolonialminister zurücktreten solle. Ein Freund habe ihm jedoch hierbon abgeraten, weil hieraus alle möglichen Schlußfolgerungen gezogen werden würden. Dieser Ueberlegung habe er sich angeschlossen und von einem Rücktrittsgesuch Abstand genommen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden erklärte sich Minister Thomas hierauf bereit, dem Untersuchungsausschuß sein Bankkonto und die Liste seiner Wertpapiere vorzulegen. Im Kreuzverhör bestritt Thomas mit allem Nachdruck erneut, irgend jemandem etwas über den Haushalt mitgeteilt zu haben. Das beziehe sich sowohl auf Sir Alfred Butt als auch auf die etwaigen geschäftlichen Besprechungen, die Alfred Bates mit seinem Sohne oder irgend jemand anders geführt habe.

Der Vorsitzende erkundigte sich hierauf nach dem Hauptkauf in Verbindung mit der Abtretung der Veröffentlichungsrechte der Selbstbiographie an Bates. Diese Verhandlungen haben im Januar oder Februar dieses Jahres begonnen. Das endgültige Angebot wurde am 6. April angenommen. Bates erwarb das Recht der Veröffentlichung der Selbstbiographie zum Preise von 20 000 Pfund, von denen 15 000 Pfund die für das Haus bezahlt wurden, abgerechnet wurden. Außerdem sieht die Abmachung einen Gewinnanteil von 15 v. H. für alle Beträge vor, die die Summe von 25 000 Pfund als Erlös aus dem Verkauf der Biographie überschreiten. Das Angebot auf Stellung einer Sicherheit habe Bates unter Hinweis auf die gute Freundschaft mit dem Minister abgelehnt. Damit war die Vernehmung von Thomas, die etwa ¾ Stunden dauerte, beendet.

Ruhiger Verlauf des Streiks in Griechenland.

Athen, 14. Mai. Der 24stündige Streik in Griechenland ist ohne ernstliche Zwischenfälle verlaufen. Die Blätter weisen darauf hin, daß der Streik dank den Maßnahmen der Regierung so ruhig verlaufen sei.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.